



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/46 - 25. Februar 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 04834 - 33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Seiten:</u>
1	Meinungsaustausch notwendig! Zur Chruschtschow-Rede	39
2	Präsidentenchaftskandidat Erhard Vorentscheidung der CDU	49
3 - 4	Außenpolitik durch Trümpfwinst Von unseren Korrespondenten in den USA	111
5	Seebohm-Verprechen ... Ausgebliebene Vertiefung des Nord-Ostsee-Kanals	44
6 - 7	Hohe Schule der Demokratie Heim-Volkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergneustadt - Eine Seite der Begegnung	91

Meinungsaustausch notwendig !

sp - Die Meldung, wonach der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow ein Außenministertreffen ablehnt, jedoch die Einberufung einer Gipfelkonferenz befürwortet, gab im Westen allenthalben Veranlassung zu Stellungnahmen, aus denen Enttäuschung und Pessimismus sprechen. Gewiß bietet Chruschtschows Rede keinen Anlaß zu Optimismus. Es fragt sich jedoch, ob man gleich das Kind mit dem Bade ausschütten soll, - wie es mancherorts geschehen ist - und nunmehr zu behaupten, es habe "alles keinen Zweck".

Uns scheint es keine gute Politik zu sein, wenn man jetzt wieder mit einem langwierigen Notenwechsel beginnen würde, um bis ins letzte Detail und schwarz auf weiß die Methode und einzelne Punkte von möglichen Verhandlungen festzulegen. Wichtiger dürfte sein, die Sowjets an den Wortlaut ihrer letzten Note zu erinnern, in der sie sich bereit erklären, einen Meinungsaustausch über Verhandlungen zur Vorbereitung eines Friedensvertrages einzuläutern.

Dann gibt es aber in der Chruschtschow-Rede noch eine interessante Stelle, die unseres Erachtens der Westen nicht übersehen sollte. Der sowjetische Ministerpräsident nennt unumwunden die Themen, auf deren Behandlung es ihm bei einer Ost-West-Konferenz in erster Linie ankommen scheint. Da ist z.B. sehr konkret die Rede von der europäischen Sicherheit, dem Rückzug fremder Truppen von ausländischen Stützpunkten, der Verringerung der Streitkräfte und von einem Verbot der Atomwafferversuche. Auf das Deutschlandproblem übertragen bedeutet dies den von Chruschtschow angedeuteten Wunsch, ein Gespräch zwischen Ost und West mit dem zentralen Thema des militärischen Status der mitteleuropäischen Staaten zu beginnen. Es ist seit Längem bekannt, daß Moskau in diesem Komplex auch die Erörterung des militärischen Status Deutschlands einzubauen gedenkt.

Alle bisherigen Erfahrungen deuten darauf hin, daß die Sowjets immer wieder ausweichen, wenn man diese Frage - militärischer Status - nicht in den Vordergrund stellt oder sie gar von möglichen Verhandlungsthemen ausschließen will.

Es dürfte jedoch verfrüht sein, jetzt schon in einer Art Verfehlungsgelechts das "Alles oder Nichts" in die internationale Diskussion hineinzuspielen. Auch sollte man nicht vergessen, daß nach der Rückkehr des britischen Premierministers Macmillan aus Moskau diese Diskussion um einige Argumente bereichert werden dürfte. Vielleicht wird man dann besser als heute wissen, weshalb es den Sowjets in wesentlichen ankommt, um danach im Westen initiativ werden zu können.

Präsidentchaftskandidat Erhard

sp - Die Entscheidung ist nun gefallen. Als Nachfolger für den Bundespräsidenten Professor Heuss hat die CDU nach langen Irrungen und Wirrungen den Wirtschaftsminister Professor Erhard vorgeschlagen. Erhard selbst hat seiner Nominierung zugestimmt. Andere Kandidaten der CDU, die auch im Rennen lagen, scheiden nun aus, auf Erhard wird sich die ganze Wucht der CDU-Propaganda- und Abstimmungsmaschinerie konzentrieren.

Die Vorgeschichte dieser Nominierung ist kein erfreuliches Kapitel der Nachkriegszeit. Sie wirkt geradezu peinlich. Die Partei des Bundeskanzlers glaubte zunächst, sie könnte sich auch dann noch den Luxus gewollter Unklarheit leisten, als schon feststand, dass eine dritte Wiederwahl von Professor Heuss nicht mehr in Frage kam. Professor Heuss hat sich selbst dagegen ausgesprochen, er wollte seinen Namen nicht mit einer Änderung des Grundgesetzes verbunden wissen, die für eine dritte Kandidatur notwendig gewesen wäre. Das ehrt ihn, menschlich und politisch. Einflussreiche Kreise in der CDU hätten eine solche Lösung nicht ungern gesehen, gemäss der Devise, es soll alles beim alten bleiben. So traurig es ist, so ist es doch leider eine bundesrepublikanische Wirklichkeit: Bei der derzeit grössten Regierungspartei entscheidet bei der Besetzung von hohen und höchsten Stellen nicht die persönliche Leistung, nicht der Charakter, nicht die Tüchtigkeit, sondern das Gesangbuch evangelischer oder katholischer Prägung. Es hat sich bei der CDU gewissermassen als Norm herausgestellt, dass der Bundespräsident nicht katholisch sein darf, wenn der Bundeskanzler dieser Konfession angehört.

Diese konfessionelle Bezogenheit - das darf freilich nicht übersehen werden - ist allerdings auch in der CDU nicht unbestritten. Gelegentlich erfolgen auch Vorstösse gegen ein Gesetz, das sich diese Partei selbst auferlegt hat. Nicht immer christlich geht es dabei zu. Der Fraktionsführer der CDU im Bundestag weiss ein bitteres Lied davon zu singen. Ursprünglich stand er an erster Stelle der christlich-demokratischen Präsidentschaftskandidaten, gefördert und in die öffentliche Diskussion gebracht von jenen Kreisen, die eine recht enge Fühlungnahme mit dem politischen Katholizismus pflegen. Das "Echo der Zeit", das Blatt der katholischen Bischöfe, verkündete in seiner letzten Ausgabe unter missiger Balkenüberschrift: "Der Kanzlers Kandidat heisst Krons". Kein Zweifel, es war des Kanzlers Wille, bis zu dem Tage, da sich Adenauer bewusst wurde, dass er mit dem untadeligen aber farblosen Krons nicht in die Arena treten könnte, in der ein Carlo Schmid auftritt.

Die Nominierung Carlo Schmid's durch die Sozialdemokratie brachte alle Voraussetzungen des Palais Schaumburg zum Einsturz. Nun begann die Suche nach einem zugkräftigen und populären Kandidaten, der evangelisch ist und es an Popularität mit einem Carlo Schmid aufnehmen kann. Diesen Mann glaubt die CDU nun in Professor Erhard gefunden zu haben.

Bei dieser Entscheidung, die kaum mehr umgestossen werden dürfte, spielte neben konfessioneller Rücksichtnahme auch die Überlegung eine Rolle, den Mächten einen Dienst zu erweisen, von denen die CDU mehr oder weniger abhängig ist. Starke Strömungen in der Schwerindustrie wirkten bei dieser Entscheidung mit.

Wird man einstmals die Geschichte dieser Vorkunden zur Präsidentschaftswahl schreiben, dürfte sich die Überschrift für dieses Kapitel von selbst anbieten. Sie wird heissen: Die Macht CDU-bestimmter konfessioneller und schwerindustrieller Interessen im zehnten Jahr der Kanzlerschaft eines Dr. Adenauer.

Außenpolitik durch Triumvirat

Von unserem Korrespondenten in den USA

Washington, Ende Februar

Dreimal wurde zwischen 1955 und 1957, während vorübergehender Erkrankungen Präsident Eisenhowers, die amerikanische Regierungsspitze durch eine provisorische Notlösung vertreten, ein Triumvirat von Stellvertretern, gewöhnlich bestehend aus Vizepräsident Nixon, dem damaligen Kabinettschef Eisenhowers, Sherman Adams, und dem Justizminister Rogers. Es war keine sehr elegante und keine sehr wirkungsvolle Notlösung, aber das Schicksal war dem amerikanischen Volke hold. Das Vakuum an der Spitze konnte gefüllt und die herrschaftslose Zeit gefahrlos überstanden werden. Ähnliche Hoffnungen hegt man in Washington auch heute wieder, in einer ähnlichen Situation, da der Amtssessel des Staatssekretärs (Außenministers) vorübergehend frei geworden ist und man eine unpraktische und schwerfällige Notlösung für eine Übergangszeit von noch unbestimmter Dauer getroffen hat. Ob man damit wieder Glück haben wird, läßt sich nicht voraussehen.

Konfusion in der USA-Diplomatie

Staatssekretär John Foster Dulles ist unheilbar krank, und nach menschlichem Ermessen wird ihm bestenfalls noch eine vorübergehende Teilbesserung beschert sein. Die persönliche Tragödie, die in diesem düsteren Ende für den Mann liegt, der sich buchstäblich in seinem Dienst verzehrt hat, wird auch von allen seinen Gegnern und Kritikern uneingeschränkt zugegeben. Sie wird aber noch vermehrt und verzerrt durch die Konfusion, die damit an der Spitze der amerikanischen Diplomatie eingetreten ist. Dulles hatte die Gewohnheit, das Staatsdepartement wie ein Ein-Mann-Geschäft zu führen, alles selber zu entscheiden und seinen Mitarbeitern verhältnismäßig wenig eigene Verantwortung zu überlassen. Umso größer ist nun die Lücke, die er läßt, und umso schwieriger ist die Aufgabe seiner Mitarbeiter, sie auszufüllen. Präsident Eisenhower hatte Dulles in der Außenpolitik völlig freie Hand gelassen; als man ihm jetzt nahelegte, sozusagen vertretungsweise das Staatssekretärsamt selber zu übernehmen, lehnte er es ab, weil er das zeitlich nicht bewältigen könne.

Unzufriedene Situation

Statt dessen beschloß der Präsident, Dulles zu beurlauben, in der Hoffnung, daß er in einiger Zeit wenigstens in der Lage sein werde, durch eine Art Fernsteuerung von seinem Wohnzimmer aus noch die Oberleitung der Diplomatie in Händen zu behalten und nur die administrative Leitung des Ministeriums abzugeben. Inzwischen soll der geschäftsführende Staatssekretär Horton, bisher Unterstaatssekretär, schlecht und recht die Lücke füllen - assistiert von dem bisherigen Unterstaatssekretär für Wirtschaftspolitik, Douglas Dillon, und dem höchstrangigen Karriere-Diplomaten, Botschafter-Unterstaatssekretär Robert Murphy - das Amt ausüben, mit etwas unbestimmten Vollmachten und unklaren Direktiven. Die Situation ist unklar und unzufriedenlich, insbesondere, wenn man bedenkt, daß lebenswichtige Verhandlungen auf der Außenminister-Ebene über die Deutschland-Frage im Frühjahr bevorstehen, und es mehr als zweifelhaft ist, ob Dulles auch nur an der ersten, die man ihm zuliebe in Washington abhalten dürfte, teilnehmen können wird.

Das Triumvirat Herter-Dillon-Murphy ist an sich nicht schlecht, und auch die übrige Galerie der höchststehenden Fachreferenten und Abteilungsleiter im Staatsdepartement, denen nunmehr erhöhte Bedeutung zukommt, besteht aus zumeist erstklassigen Leuten. Aber zwei Fragen bleiben unbeantwortet: ob erstens die diplomatische Führung durch ein Triumvirat überhaupt durchführbar ist, und zweitens, ob sich unter diesen drei Männern eine kraftvolle, scharf profilierte und mitreißende Persönlichkeit befindet, in der man gerne den künftigen Staatssekretär (denn früher oder später wird Eisenhower doch eine endgültige Neubesetzung vornehmen müssen) sehen möchte. Beide Fragen lassen sich zur Zeit schwer beantworten.

Ein Kranker löst den Erkrankten ab

Christian Herter scheint sich mehr auf die administrative Leitung der ihm jetzt anvertrauten Behörde beschränken zu wollen. Der 63 Jahre alte Mann, in seiner Jugend Karriere-Diplomat - er diente in Berlin und Brüssel, kurz bevor Amerika in den ersten Weltkrieg eintrat - und später als republikanischer Kongressabgeordneter einer der großen Befürworter und Vorkämpfer des Marshall-Planes - ist in der Außenpolitik keineswegs unerfahren, und seine vier Amtsjahre als Gouverneur seines Heimatstaates Massachusetts gaben ihm vorzügliche organisatorische Erfahrung. Aber er ist selber kränklich und körperbehindert und überdies auch mehr ein stiller Büromann als ein dynamischer und überbordender Staatsmann. Eben Dulles konnte er sich nicht recht durchsetzen, aber vermutlich liegt ihm die stillere Assistentenarbeit auch mehr als die aktivere Rolle des diplomatischen Oberbefehlshabers.

Dagegen hat sich der zweite Mann des Triumvirates, Douglas Dillon, in letzter Zeit rasch in den Vordergrund geschoben. Er gilt als brillianteste Neuserwerbung der Regierung Eisenhower und, mit seinen 49 Jahren zur jungen Generation rechnend, als "kommender Mann". In Genf geboren, Sohn eines früheren Privatbankiers der Wallstreet (und später Erbe und Nachfolger der väterlichen Firma), hat er den weltweiten Blick, die internationale Gesinnung und den leichten liberalen Anstrich, der viele Sprößlinge der New Yorker Finanzwelt auszeichnet, und aus ihnen schon so oft wertvolle Staatsdiener gemacht hat. Zusammen mit dem alten diplomatischen "Hans Dampf in allen Gassen", Murphy, dem routiniertesten aller amerikanischen Diplomaten, bildet so dieses Drei-Männer-Kollegium ein durchaus brauchbares Team, in dem die Formulierung politischer Entscheidungen wohl vorwiegend den beiden Letztgenannten, Dillon und Murphy, obliegen wird.

Wie lange wird das Provisorium dauern?

Ein solches Provisorium wird eine Weile dauern, aber ob es sich auf die Dauer bewähren kann, ist zweifelhaft. Man spricht daher schon von möglichen Nachfolgern Dulles, wobei außer den drei Mitgliedern des Triumvirates auch noch gut ein Dutzend andere Namen genannt werden: Ex-Gouverneur Dewey, Ex-NATO-Kommandant Gruenther, Ex-Hochkommissar in Bonn, McCloy, UNO-Botschafter Lodge, Ex-Unterstaatssekretär Herbert Hoover jun., und viele andere. Aber alles das sind nur Spekulationen. Vorläufig, und bis zum gegenteiligen Verdikt der Ärzte, ist Präsident Eisenhower noch entschlossen, von radikalen und definitiven Personalveränderungen im Staatsdepartement Abstand zu nehmen. Niemandem ist wohl dabei zurute, aber niemand wagt zu behaupten, daß irgend einer der genannten Kandidaten für die Nachfolge sogleich die Festigkeit und Straffheit der Diplomatie wiederherstellen könnte, die unter dem Provisorium des Triumvirates zwangsläufig verloren gehen muß.

Seebohm-Versprechen ...

Ku. - Am 7. Juli 1958 war im freundlichen Kabinettsitzungssaal an der Kieler Förde holde Binntracht. Bundesverkehrsminister Seebohm (DP) war rund elf Wochen vor der Landtagswahl in die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt geeilt und hatte dem Kieler CDU-BKE-FDP-Kabinetts unter Ministerpräsident von Hassel (CDU) versprochen, im neuen Bundeshaushalt genügend Gelder für die so dringend erforderliche Vertiefung des Nord-Ostsee-Kanals von elf auf zwölf Meter einzusetzen. Die Regierung nahm das gern zur Kenntnis und liess es sofort veröffentlichen, denn damit liess sich gute Wahlpropaganda treiben. Auch die DP, die gern wieder in den Landtag und in die Regierung wollte - aber beides nicht erreichte - hat eifrigsten Gebrauch von diesem Versprechen gemacht.

Inzwischen sind fünf Monate ins Land gegangen und im Bundeshaushalt sind lediglich Mittel vorhanden, die ausreichen, um den verschlammten Kanalgrund auf elf Meter zu vertiefen, so, wie er bereits einmal 1914 angelegt worden war. Das hat den Kieler Verkehrsminister Böhrnsen (CDU) jetzt in Harnisch gebracht, und die Herren von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion, den Reedereien, Werften und der Wirtschaft haben ihn dazu getrieben. Mit einem Mut, den der Informationsdienst der Landesregierung bisher nicht kannte, nahm er einen Artikel von Böhrnsen auf, der mit Seebohm nicht gerade zart umging.

Böhrnsen fordert die Einhaltung der damaligen Versprechen. Er wünscht im neuen Bundeshaushalt Mittel, damit sich endlich im Kanal auch Schiffe von über 6 000 Tonnen begegnen können und ihn nicht nur als "Einbahnstrasse" zu benutzen brauchen. Schliesslich sind im Jahre 1936 nur 30 Schiffe von über 6 000 BRT, im Jahre 1958 aber bereits 4 475 dieser Grösse durch den Nord-Ostsee-Kanal gefahren. Weiter wünscht Böhrnsen die 12 Meter Wassertiefe, damit Schiffe bis 32 000 Tonnen den Kanal passieren können und nicht den Umweg um Skagen machen müssen.

Nun - es waren nicht die CDU-Abgeordneten im Verkehrsausschuss des Bundestages, die für den 26. Februar eine Sondersitzung verlangten, obwohl es 14 CDU-Abgeordnete aus Schleswig-Holstein gibt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Diekmann aus Kiel und der FDP-Abgeordnete Eisenmann aus Itzehoe haben diese Sitzung verlangt, auf der Seebohm nun endlich erklären soll, was er da eigentlich am 7. Juli letzten Jahres im Kieler Kabinetts zehn Wochen vor der Landtagswahl versprochen hat.

Für den Chronisten bleibt noch festzustellen, dass die Kieler Regierung seit vielen Jahren eine Vertiefung des Kanals auf zwölf Meter und die dazugehörigen Mittel aus dem Bundeshaushalt fordert. Indes - die Bundesfinanzminister der letzten Jahre wurden durch die CDU gestellt und in deren Plänen war dafür nichts vorgesehen. Die von der CDU beherrschte Kieler Regierung aber hat auch niemals im Bundesrat derartige Mittel gefordert. Ganz abgesehen davon, dass der Bundesrat noch immer die Zustimmung auch der 14 CDU-Abgeordneten aus Schleswig-Holstein fand.

+ + +

Hohe Schule der Demokratie

K.W.H. - Am 28. Februar jährt sich zum dritten Male der Tag, an dem in Bergneustadt die Hein-Volkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung ihrer Bestimmung übergeben werden konnte. Vor 34 Jahren nahm das deutsche Volk Abschied von seinem ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert, jenem Manne, dem Deutschland so viel verdankt. Damals entstand auch die Idee zur Gründung der "Friedrich-Ebert-Stiftung", die nach dem zweiten Weltkrieg wieder ins Leben gerufen wurde. Sie beseitigte die geistigen Ruinen, das Gerümpel aus verirrten Gedanken und legte ein neues Fundament für die Arbeit an der Entwicklung des demokratischen Bewußtseins, der staatsbürgerlichen Verantwortung.

Es ging der Stiftung vom ersten Tag der Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit um die Erreichung des von Friedrich Ebert ersehnten Zieles: um die Aufdeckung aller politischen Wahrheiten und um das, was in den zwölf Jahren der Hitler-Diktatur total verleugnet wurde - um die Toleranz.

Vorstand und Kuratorium der Friedrich-Ebert-Stiftung, gebildet von führenden Männern der Wissenschaft, der politischen Parteien, der Kirche und der Wirtschaft, verwalten nun schon seit zwölf Jahren das geistige Erbe jenes Mannes, der den Deutschen in ihrer Mehrheit erst nach seinem Tode als Vorbild erschien.

Einer der "Motoren" der Stiftung, ihr stellvertretender Vorsitzender Alfred Nau, sieht gemeinsam mit dem Vorsitzenden, Prof. Dr. Gerhard Weisser, eine wichtige Aufgabe in der konsequenten Einhaltung des überparteilichen Prinzips im Organisationsaufbau und in der Arbeit. Es sollen "Brücken zum Andersdenkenden" gebaut werden, die den Menschen aller Schichten, politischen und geistigen Richtungen das demokratische Zusammenwirken ermöglichen.

Dr. Günther Grunwald, Leiter der Abteilung für staatsbürgerliche und internationale Bildungsarbeit erläutert das Programm der Stiftung:

"Wir vermitteln historische Zusammenhänge, ohne deren Kenntnis die Geschichte als bloße Häufung von Zufälligkeiten erscheint. Wir fördern die Erziehung zum politischen Menschen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in ihrer Hein-Volkshochschule eine Stätte der Begegnung geschaffen, an der sich Politiker, Sozialdemokraten, Liberale und christliche Demokraten, Gewerkschafter, Geistliche, Unternehmer, Wissenschaftler, Weiße, Schwarze und Gelbe treffen, um miteinander auf die drängenden Fragen unserer Zeit zu antworten ..."

300 000 RM werden jährlich an Stipendien für Hochbegabte vergeben. Studenten, deren Eltern nicht das Geld haben, finden bei dieser ältesten deutschen Stiftung Unterstützung. Die Förderung wird nicht dem Zufall überlassen. Jeder Student hat einen Vertrauensdozenten, der seinerseits mit der Stiftung ständigen Kontakt hält. Dort, wo die Not besonders groß ist, werden selbst die Lehrmittel für die Studenten gekauft.

Die Arbeit und Sorge beschränkt sich nicht allein auf deutsche Gebiete. Die Zusammenarbeit mit den Menschen in Asien und Afrika, mit jenen Ländern, deren wirtschaftliche und geistige Revolution eines Tages die Welt verändern können, wird innerhalb des soeben verabschiedeten Zehnjahres-Planes der Friedrich-Ebert-Stiftung möglich.

Alfred Nau erläutert: "In Vorträgen, Freizeitbegegnungen und Wochenend-Tagungen, bei denen Studenten aus den Entwicklungsländern mit deutschen Stipendiaten zusammentreffen, sollen Staatsaufbau, Gesellschaft und Parteien, die historischen und religiösen Grundlagen der neuen Staaten und ihre Ausstrahlungen auf Europa behandelt werden ..."

Der Friedrich-Ebert-Stiftung kommt es darauf an, die von Wissenschaftlern und Politikern unterstützten Seminare auszurichten auf die Kernfrage, wie beispielsweise die Entwicklungsländer davor bewahrt werden können, ihre Grundprobleme wirtschaftlicher und sozialer Art auf kommunistische Weise zu lösen.

Mit den Gliederungen der Vereinten Nationen selbst ergab sich bereits im Laufe der letzten Jahre der Konnex. In Anerkennung der Erziehungsarbeit wurde die Friedrich-Ebert-Stiftung aufgenommen in die "Non Governmental Organizations" der UNO. Damit bestätigte das Ausland, daß die deutsche Volkshochschule zu den bedeutendsten der westlichen Welt gehört. Vertreter der weltberühmten Rockefeller-Stiftung in New York haben inzwischen mit der Ebert-Stiftung Fühlung aufgenommen und werden demnächst Beratungen über gemeinsame Anliegen aufnehmen. Auch mit der Ford- und Carnegie-Stiftung besteht Verbindung.

Internationale Seminare in Luxemburg, Straßburg, Paris, Genf und Wien haben die Stiftung auch in die europäischen Zentralbehörden eingeführt. Hunderte Studenten, Politiker, Gewerkschafter, Pädagogen und Journalisten lernten in meist zweiwöchigen Kursen das Problem Europa kennen.

9.000 Menschen haben inzwischen die erst vor drei Jahren in die Bergischen Wälder hineingebaute Hein-Volkshochschule Bergneustadt besucht, und Zehntausende sind es, die noch durch diese gläserne, durchsichtige Pforte einer zeitgerechten Erziehung gehen werden.

"Das Interesse und der Wille zum Lernen sind ungeheuer groß", berichtet Alfred Nau. "Wir hatten neulich für einen einzigen Kursus staatsbürgerlicher Erziehungsarbeit tausend Anmeldungen ... Wir tun, was wir können, nach Möglichkeit berücksichtigen wir alle, denn wir wollen ja hier keine Elite im eigentlichen Sinne heranbilden, sondern viele freie Staatsbürger, die willens und fähig sind, das Gelernte weiterzugeben!"

Die Unabhängigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, um deren Wiedergründung sich nach dem Kriege auch ein Karl Arnold verdient gemacht hatte, ist nicht zuletzt gesichert durch die Anerkennung und Unterstützung von Land und Bund.

Bundespräsident Prof. Heuß dankte der Volkshochschule für ihren Hilfer, "Toleranz und Achtung vor der Ehrlichkeit der Überzeugung Andersdenkender" in so überzeugender Weiss zu lehren.

+ + +